



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/264 - 18. November 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21931 - 33

Fernschreiber 0366690

Hinweise
auf den Inhalt:

Wissenschaft und Forschung im Notstand	S. 1
Die Sputniks und das "Geheimnis" verpasster Gelegenheiten in den USA	S. 2
Zum Ergebnis der Nürnberger Oberbürgermeisterwahl	S. 4
MdB Adolf Arndt: Globke und das "J"	S. 5
Nochmals: Fall Stephan	S. 8

Wissenschaft und Forschung im Notstand

FB. Seitdem Sputnik I und II um den Erdball kreisen, ist der westlichen Welt deutlich zum Bewusstsein gekommen, dass sie im letzten Jahrzehnt Wissenschaft und Forschung in sträflicher Weise vernachlässigt hat. Diese Erkenntnis beschränkt sich allerdings bedauerlicherweise bei den meisten zuständigen Stellen auf Forschung und Wissenschaft soweit sie militärischen Zwecken zugute kommt. Auch in der Bundesrepublik wird dieses Thema heute leider fast ausschliesslich unter militärischen Aspekten debattiert, obwohl die Bundesrepublik generell in Wissenschaft und Forschung langsam droht, ein unterentwickeltes Land zu werden. Wie prekär die Situation geworden ist, dürfte die Rede zeigen, die der Rektor der Göttinger Universität, Prof. Weber, am Wochenende anlässlich der Inmatrikulationsfeier gehalten hat und in der er erklärte, dass das, was heute Professoren und Studenten an Bedrängnis, Entsagung und Überarbeitung zugemutet werde, jedes erträgliche Maß übersteige. Mit grosser Sorge sehe man den Haushaltsberatungen für das Jahr 1958 entgegen.

In der Tat kann man dem Haushalt 1958 mit Sorge entgegensehen, denn die Bundesregierung hat offensichtlich, wie schon bei den Beratungen zum Etat 1957, nicht erkannt, worum es eigentlich geht. Die Sozialdemokratie, die sich dieser Dinge immer mit Leidenschaft und Sachkenntnis angenommen hatte, beauftragte, nachdem schon auf dem Münchener Parteitag 1956 und auf der Düsseldorfer Konferenz grundlegende Vorarbeiten geleistet worden waren, einen Betrag von rund einer Milliarde DM. zur

Förderung von Wissenschaft, Forschung, Studenten und den Schulhausbau. Damals haben die Koalitionsparteien und die Bundesregierung alle diese Anträge abgelehnt und für diese Zwecke von einem Haushalt in Höhe von 37,393 Milliarden DM nur einen Betrag bewilligt, der etwa 0,27 % des Gesamtvolumens ausmacht. Diese Dotierung ist für eine sogenannte Kulturation eine Schande. Es ist eine Schande, dass von einem Sozialprodukt in Höhe von rd. 180 Milliarden DM noch nicht einmal 1 % - wenn man die Leistungen der Länder, der Kommunen, von Stiftungen usw. einberechnet - für die Wissenschaft und Bildung zur Verfügung stellt.

Deshalb ist es so besonders bedeutsam, wie die Etatberatungen 1958 verlaufen werden, zumal die Länder offensichtlich überfordert sind - selbst wenn sie auch mehr leisten könnten - und generelle Hilfe nur vom Bund erfolgen kann. Aber auch diesmal scheint man die Zeichen der Zeit nicht zu verstehen. Wenn die Informationen zutreffen, die man von den bisherigen Ressortberatungen erhalten hat, dann will die Bundesregierung den Etatansatz des Vorjahres nur um knapp 20 Millionen DM erhöhen. Eine solche "Ernährung" ist angesichts des vielgepriesenen Wirtschaftswunders einfach eine Kulturschande!

Die Bundesregierung sollte deshalb schon heute in allem Ernst davor gewarnt werden, Wissenschaft, Forschung und Bildung weiter so sträflich zu vernachlässigen. Forschung von heute ist das Brot von morgen und wenn die Bundesrepublik ein führender Kultur- und Industriestaat bleiben will, dann muss sie auch entsprechende Mittel auswerfen.

Es hat manche Stimmen gegeben, die im vergangenen Jahr der Sozialdemokratie vorwarfen, sie stelle Wahl-Agitations-Anträge. Schon damals traf das nicht zu, denn vorausgegangen waren die Konferenzen von München und Düsseldorf, die vom Wähler über völlig unbeeinflusst waren. Jetzt haben wir bis zu den nächsten Wahlen fast vier Jahre Zeit. Wenn die Bundesregierung versagt, dann wird die Sozialdemokratie bei den diesjährigen Haushaltsberatungen ihre alten abgelehnten Anträge unter Berücksichtigung der aktuellen Tatbestände wieder aufnehmen und erneut Regierung und Mehrheit vor die Entscheidung stellen, ob sie Wissenschaft und Forschung nur Almosen bewilligen will oder die Aufgaben der Zeit erkennt.

Der Triumph von Redstone

Von unserem Korrespondenten in USA

H.S. - New York,
November

Die Geschichte des Triumphes von Redstone ist die Geschichte eines amerikanischen Schildbürgerstreiches, wie man ihn im modernen kühn-nationalen Amerika des 20. Jahrhunderts nicht für möglich gehalten hätte, - allerdings ein Schildbürgerstreich mit bitterem Beigeschmack, mit tragischem Hintergrund und im ganzen eine Chronik menschlicher Unzulänglichkeit und menschlichen Versagens. Es ist die Geschichte des der amerikanischen Armee gehörenden "Zentrums für Raketenforschung Redstone", in dem kleinen Städtchen Huntsville im südlichen Gliedstaate Alabama gelegen, und es ist zugleich die Geschichte des vor kurzem von seinem Amt zurückgetretenen amerikanischen Verteidigungsministers Charles Wilson, an dessen Fehlern, Kurzsichtigkeit, Fehlurteilen und Unzulänglichkeiten Amerika und Amerikas Verbündete vermutlich noch lange zu zehren haben werden.

Wilson hat vor wenigen Wochen einen Nachfolger bekommen, Charles McNelroy, ehemaliger Seifenindustrieller und nunmehr Herr der amerikanischen Landesverteidigung. Unzählige Witze hatte man zuerst über diesen im Seifenverkauf grossgewordnen Aussenseiter gerissen, der vorher weder von Politik noch von Militärfragen etwas verstanden hat; aber McNelroy trat sein Amt genau in dem Augenblick an, in dem Sputnik Nr. 1 in den Weltraum geschickt wurde - und dieser Schock hat den liebenswürdigen Aussenseiter McNelroy über Nacht zu einem entschlossenen, arbeits-, verantwortungsbewussten Staatsdiener gemacht, was niemand von ihm erwartet hätte. Und McNelroy hat eingesehen, dass seine Hauptaufgabe darin besteht wird, möglichst viel davon wieder gut zu machen, was sein Vorgänger Wilson schlecht gemacht hatte, - und er begann mit dem Raketenzentrum Redstone der Armee.

Das grosse Durcheinander

Diese Forschungsstätte der Armee ist nämlich die einzige Stelle in Amerika, die bisher imstande war, erfolgreich ein Raketengeschoss zu konstruieren, das sich bei allen Probeablässen als brauchbar und zuverlässig erwies. Die Armee hat sogar zwei solcher Geschosse entwickelt, das "Redstone" und den "Jupiter", eines für kurze und eines für mittlere Distanzen, und beide galten nicht nur militärisch als einwandfrei, sondern auch für den Zivilberuf geeignet, z.B. für die Entsendung künstlicher Satelliten in den Weltraum; und McNelroy hat sofort angeordnet, dass das wissenschaftliche Satellitenprojekt der Amerikaner, das von der Flotte unternommene "Project Vanguard", fortan seinen Raketenantrieb von der Armee beziehen soll, d.h. praktisch den in Redstone entwickelten "Jupiter". Und genau das hatte zuvor Charles Wilson strikt verboten gehabt.

Es hätte nämlich nicht nur die Armee angefangen, Raketenforschung zu betreiben, sondern auch die Flotte und die Luftwaffe; freilich hatte die Landarmee von Anfang an einen gewissen Vorsprung gehabt, weil es die Landarmee war, die unmittelbar nach Kriegsende in Deutschland die Feenemünder-Raketensachverständigen, Dr. Wernher von Braun und seine Mitarbeiter, nach Amerika gebracht hatte. Diese deutschen Raketenbauer kamen zuerst als Kriegsgefangene in die U.S., sind aber inzwischen natürlich längst normale Zivilangestellte geworden, sie haben ihre Familien nachkommen lassen und das amerikanische Bürgerrecht erworben; Aber die meisten von ihnen arbeiten noch unter Armee-Auspizien in dem Laboratorium Redstone.

Flotte und Luftwaffe hatten nicht diesen Vorsprung des kompakten Feenemünder "Teams" mit seinen Erfahrungen, sondern mussten mehr oder weniger - 3 -

von Grund auf neu anfangen; trotzdem erliess Verteidigungsminister Wilson eines Tages eine Verfügung, wonach Raketenforschung fortan Privat oder gar Monopol der Luftwaffe sein sollte. Die Landarmee, so hieß es, dürfe zwar ihre kurz- und mitteldistanzlichen Raketenwaffen weiter ausprobieren, aber sie darf sie nicht serienweise herstellen, und erst recht sei das Gebiet der lang-distanzlichen, sog. "interkontinentalen" Fernlenkwaffen, militärisch natürlich der Hauptschlagern auf dem Raketengebiet, der Luftwaffe vorbehalten. Die Flotte, die ihrerseits in einen eigenen Raketentyp, den "Polaris", die Kleinigkeit von 700 Millionen Dollar hineingesteckt hatte, bekam kurzerhand den Befehl, alle weiteren Arbeiten am Polaris einzustellen, und "Project Vanguard", der amerikanische Erdsatellit für das Internationale Geophysikalische Jahr, sollte mit Luftwaffen-Raketen angetrieben werden, sobald diese verfügbar sein würden, und nicht mit Landarmee- oder Flotten-Raketen.

Alles für den "ausgeglichenen Haushalt"

Soweit Verteidigungsminister Wilson. Ohne Interesse und Verständnis für wissenschaftliche Forschung, mit der Verachtung, die oftmals die sogenannten Männer der Wirtschaft für die "langhaarigen Professoren" hegen, suchte der ehemalige Generaldirektor des Automobilkonzerns "General Motors" vor allem Geld einzusparen und eine Erhöhung des Militärbudgets zu verhindern, die die ersuchte und geplante Steuersenkung 1958 unmöglich gemacht hätte. Heute, nach dem Sputnik-Schock, gibt jedermann im Lande zu, dass an eine Steuersenkung nächstes Jahr nicht zu denken ist und dass Wilsons leichtfertiges Verhalten im Verteidigungsministerium die amerikanische Landesverteidigung sehr ernstlich gefährdet hat. Ein demokratischer Senator, der jahrelang das Volk zu warnen und wachzurütteln gesucht hatte und sich jetzt bitter gerechtfertigt sieht, pflegte cynisch auszurufen "Wenn uns die Russen eines Tages angreifen, werfen wir sie mit der fuchtbaren Waffe des ausgeglichenen Staatshaushalts über den Kopf schlagen;" aber heute haben Präsident Eisenhower und der neue Verteidigungsminister McElroy eingesehen, dass es wichtigere Dinge gibt als ausgeglichene Budgets und gesenkte Steuern, und haben dem Armeearsenal Redstone Auftrag erteilt, weiter zu arbeiten - und die erfolgreiche Jupiter-Rakete dem wissenschaftlichen Vanguard-Projekt zur Verfügung stellen.

7-11 als Zwischenkapitel

Es lag aber noch ein anderer Grund vor, warum in der Armee Wilson dieses Laboratorium Redstone, trotz der erfolgreichen Arbeiten von Braun, so wenig populär war. Es ist dies ein heikler Punkt, aber da heute in Amerika diese Geschichte von allen Spalten von allen Bänken herabgepöfeln wird, darf man sie nicht mehr unterschlagen. Das Armeelaboratorium Redstone besitzt nämlich nicht nur seine Laboratoriumsanlagen, sondern eine komplette Produktions-"strasse", es ist zur Serienproduktion von Raketen geschossen imstande und somit eine reguläre staatseigene Rüstungsfabrik. Staatbetriebe aber sind heute in Amerika unbeliebt, sie gelten als Vorboten eines "schleichenden Sozialismus" und Fremdkörper im klassischen Lande der freien Wirtschaft oder aber als Überbleibsel aus der "bösen" New Deal-Zeit der Präsidenten Roosevelt und Truman. Die Luftwaffe aber hat keine eigenen Produktionsbetriebe: Die in ihren Laboratorien entwickelten Raketen sollen, wenn sie je fabrikationsfertig werden, privaten Fabriken, vor allem den Douglas-Flugzeugwerken in Kalifornien, zur Serienherstellung übertragen werden, und die Douglas-Werke haben sich auf einen solchen künftigen Auftrag bereits eingerichtet und warten auf das Startsignal. Und unter diesen Umständen, so sagt das unbestritten gebliebene Gerücht, war es klar, dass Minister Wilson der ersten privatwirtschaftlich eingestellten Luftwaffe den Vorzug vor dem bösen Staatsbetrieb der Armee gab, obwohl eigentlich die Armee weiter vorgeschritten war ...

Scharte soll ausgewetzt werden

Ob diese Erklärung, die, wie gesagt, alle Spatzen Amerikas von allen Dächern des Landes pfeifen, wirklich zutrifft, ist schwer nachprüfbar; auf jeden Fall gehört sie heute der Vergangenheit an. Minister McElroy hat endlich den Raketenforschern von Redstone die Unterstützung gewährt, die sein Vorgänger ihnen versagt hatte, er hat den "Jupiter" zum "Vanguard" gebracht und die Bremsen und Erschwerungen, unter denen die militärwissenschaftliche Forschungsarbeit jahrelang in der allgemeinen Atmosphäre von Selbstzufriedenheit litt, mit kräftigem Besenschwung zum Fenster hinausgekehrt. Über Nacht hat Amerika entdeckt, dass mehr vorliegt als eine sportliche Niederlage in einem Wettrennen silberner Kugeln im Weltraum, sondern dass Sputniks Sieg eine Niederlage der amerikanischen Technologie, Forschung und Industriekapazität bedeutete. Mit der Rehabilitierung und dem Triumph von Redstone hat Amerika nun seinen ersten Schritt unternommen, diese Scharte auszuwetzen.

+ + +

Erfolg sachlicher Aufbauarbeit

sp - Seit dem Zusammenbruch wurde Nürnberg, die Stadt, in der einst ein Hans Sachs seine unvergänglichen Meisterlieder schuf, jeweils von sozialdemokratischen Oberbürgermeistern regiert. Die Nürnberger führen nicht schlecht dabei, denn unter Leitung von Sozialdemokraten erfolgte ein Wiederaufbau dieser durch den Krieg besonders schwer getroffenen Stadt, der sich sehen lassen kann.

Der Tod Otto Bärnreuthers als Folge seiner Überarbeitung machte eine Neuwahl des Oberbürgermeisters notwendig. Die CSU in Verbindung mit der FDP, dem BHE und der Bayernpartei hatte in Dr. Hans Boncker einen Kandidaten aufgestellt, von dem sie glaubte, er werde durch einen Sieg eine zwölfjährige sozialdemokratische Tradition unterbrechen. Diese Hoffnung, besonders genährt auch durch den Ausgang der Bundestagswahl vom 15. September, ging nicht in Erfüllung. Der Kandidat der Sozialdemokratie, Dr. Andreas Urschlechter, mit seinen 38 Jahren zwar noch jung an Jahren, aber als Leiter des städtischen Wiederaufbauamtes reich an kommunalen Erfahrungen, liess den Gegenkandidaten bei der am Sonntag erfolgten Wahl weit zurück. Auf Urschlechter waren von rund 230 000 abgegebenen Stimmen 132 000 entfallen, ein Erfolg, der umso grösser ist, als die CSU bei der Bundestagswahl erstmalig die SPD in Nürnberg überflügelte hatte.

In Nürnberg geschah genau das gleiche wie eine Woche zuvor in der Weltstadt Hamburg: eine der wirkungsvollsten Parolen der Partei des Bundeskanzlers, Deutschland werde untergehen, wenn die SPD siege, musste hier angesichts der überragenden Leistungen sozialdemokratischer Kommunalpolitik versagen. Die Nürnberger wählten mit Dr. Urschlechter einen Mann zu ihren Staatsoberhaupt, von dem sie wissen, dass er als Sozialdemokrat ihre Stadt zu neuer Blüte führen wird.

+ + +

Neues über Globke

Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

In diesen grünen Novembertagen, da die Erinnerung an die Toter des Krieges und der Unmenschlichkeit in uns allen besonders stark ist, bedingt sich auch das Erinnern an die Verfolgungen unserer jüdischen Mitglieder auf, die 1933 begonnen hatten und im November 1938 jetzt sogar parteiantlich und staatlich sanktioniert wurden. Es ist aber eine schmerzliche und für die ganze Menschheit beschämende Tatsache, dass viele Juden, deren Rettung hätte ermöglicht werden können, einer Ermordung durch die Schergen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft dadurch überantwortet wurden, weil westliche Kulturstaaten sich gegen einen Zustrom von Flüchtlingen abriegelten. In der Schweiz hatte sich in jenen Jahren Dr. Rothmund, Chef der Polizeiabteilung, zum Ziel gesetzt,

"die Verjudung der Schweiz zu verhindern",

wie er in einem amtlichen Schriftstück dokumentiert. Insbesondere von Dr. Rothmund gingen Bestrebungen aus, in der Schweiz den Visumszwang wieder einzuführen, um die Einreise von flüchtenden Verfolgten kontrollieren oder nach Möglichkeit verhindern zu können. Diese schweizerischen Bestrebungen, den Visumszwang wiederherzustellen, hatten im Jahre 1938 Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz zur Folge, weil Deutschland sich damit nicht einverstanden erklären wollte. Schweizer wie Dr. Rothmund werden in die Geschichte mit dem traurigen Rühm eingehen, das berüchtigte "J" erfunden zu haben, das für unzählige Taten zum Todesurteil von Hörterhand wurde.

Der Schweizer Bundesrat hat über das Asylrecht während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft einen Bericht erstattet. Diesen Bericht, der die Nummer 7347 trägt, ist eine Ausarbeitung von Professor Dr. Carl Ludwig unter den Titel "Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart" als Beilage angefügt. Darin heisst es über Besprechungen des Chefs der Polizeiabteilung mit dem deutschen Gesandten in Bern am 16. und 17. September 1938:

"Aus einer Notiz von Dr. Rothmund, datiert vom 17. September 1938, ergibt sich, dass der deutsche Gesandte in Bern am 16. September nach seiner Rückkehr von Nürnberg eine erneute Besprechung der Passangelegenheit wünschte und dass er dann bei diesem Anlass betonte, Deutschland würde die Einführung des Visumszwangs ungern sehen,

18. November 1957

weil er befürchte, andere Länder könnten dem Beispiel der Schweiz folgen. ... Dr. Rothmund seinerseits eröffnete dem Gesandten, er habe dem Departement den begründeten Vorschlag auf Wiedereinführung des Visums gestellt, da er keine andere Möglichkeit sehe, eine lückenlose Kontrolle über die Einreise von Emigranten herbeizuführen."

In diesem Augenblick griff Globeke ein. Darüber sagt der von Professor Dr. Carl Ludwig erstattete Bericht:

"Eine weitere Besprechung fand, wiederum auf Wunsch des deutschen Gesandten, am 17. September statt, in Anwesenheit von Ministerialrat Dr. Globeke, der sich damals als Teilnehmer an einer internationalen Konferenz der Zivilstandsbeamten in Bern befand und den Koecher "(der damalige deutsche Gesandte in Bern)" als Fachmann bezeichnete. Dr. Globeke stellte dort, wie es in Notizen Dr. Rothmunds heisst, den folgenden Vorschlag zur Diskussion: "Die Reziprozität für Schweizerjuden wird vollständig aufgegeben. In die in Deutschland auszustellenden Pässe von Nichtariern wird das von Herrn Geheimrat Roediger Herrn Dr. Kappeler vorgeschlagene Zeichen eingetragen. Innerhalb von 14 Tagen werden sämtliche bereits ausgegebene Pässe von Nichtariern im Reich mit dem gleichen Zeichen versehen. Alle Pässe von deutscher Ariern, die sich in Italien aufhalten, erhalten den Vermerk 'gültig auch für die Schweiz'. Wer diesen Vermerk nicht hat, ist Nichtarier."..."

Der Bericht ergibt schliesslich folgendes:

"Der deutsche Gesandte in Bern berichtete dem Deutschen Auswärtigen Amt über das Ergebnis der Besprechung vom 17. September telegraphisch folgendes:

"Dr. Rothmund erklärte, dass aus innerpolitischen Gründen Zulassung Sichtvermerkzwangs für jüdische Schweizer nicht möglich. Auf Hinweis, dass vielleicht Möglichkeit besteht, auf diese Reziprozität unsererseits zu verzichten, erwiderte R., dass auch dieser Verzicht schweizerischen Erfordernissen nicht genügend Rechnung trage. Denn trotz reichsdeutschen Judenpässen müsste zum mindesten mit Einreise deutscher Juden mit ausländischem Wohnsitz, insbesondere aus Italien, gerechnet werden. Hier zur Zeit anwesender Ministerialrat Globeke von Reichsinnenministerium machte in gemeinsamer Unterredung bei R. unverbindlichen Vorschlag, Pässe von im Ausland Wohnenden von unsern Auslandsbehörden mit Vermerk 'gültig für die Schweiz' zu versehen, den Juden nicht erhalten würden. R. hatte bereits Bericht über Notwendigkeit Einführung Sichtvermerkzwang für Deutsche zuständigen Bundesrat und Politischen Departement vorgelegt, da er reibungslose Abwicklung Grenzverkehrs nur bei Einführung Visumszwangs für möglich hält. Nach seiner Ansicht dadurch allein Aufrechterhaltung normaler grenznachbarlicher Beziehungen gesichert, zusagte jedoch erneut Prüfung. Bitte mit Ministerialrat Globeke, der Montag früh in Berlin eintrifft, Prüfung nehmen, ebenso um Weisung, falls seine Anwesenheit in Berlin erforderlich, oder sonstige Instruktionen.

gez. Koecher "

Daraus ist folgender Hergang ersichtlich. In der Schweiz kam

16. November 1937

es 1938 zu Bestrebungen, gegenüber Deutschland den Visumszwang einzuführen, um die Einwanderung von rassistisch Verfolgten zu erschweren oder möglichst zu verhindern. Deutschland erklärte sich mit einem Visumszwang nicht einverstanden, Auch wurde eine Forderung nach Gegenseitigkeit in der Weise erhoben, dass die schweizerischen Pässe von jüdischen Schweizern durch einen besonderen Sichtvermerk gekennzeichnet werden sollten, worauf sich wiederum die Schweiz aus innerpolitischen Gründen einliess. Man einigte sich auf den von schweizerischer Seite gekommenen Vorschlag, dass Deutschland die deutschen Reisepässe solcher deutscher Staatsbürger, die in Sinne der sogenannten "Fürnberger Gesetz" als Juden galten und rassistisch verfolgt wurden, allgemein durch ein besonderes Kennzeichen - eben das berüchtigte "J" - gebrandmarkt werden sollten. Globke war es, der bei dieser Vereinbarung mitwirkte und die Zusage gab, dass innerhalb von 14 Tagen eine solche Verfolgungsmassnahme durchgeführt werden sollte. Ausserdem machte Globke seinerseits den Vorschlag, dass die in Italien ansässigen deutschen Staatsbürger in ihre Reisepässe den Vermerk "gültig für die Schweiz" bekommen würden, um die in Italien ansässigen Deutschen, soweit es sich um rassistisch Verfolgte handelt, davon auszuschliessen und ihnen die Flucht aus Italien in die Schweiz zu erschweren oder unmöglich zu machen. Diese Beschränkung auf Italien erklärt sich daraus, dass eine solche Massnahme nur vom Faschismus hingenommen würde, zumal gerade in jenen Tagen Italien durch Parinacci begann, die rassistische Verfolgung nach Art der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft nachzuahmen.

Die von Globke mitausgehandelte und in ihrer Durchführung mitzugesagte Brandmarkung der Reisepässe von rassistisch verfolgten Deutschen durch das berüchtigte "J" hat zahlreichen Verfolgten die rechtzeitige Flucht unmöglich gemacht und dadurch eine Voraussetzung für die spätere Ermordung, die damals schon als "Endlösung" öffentlich angedroht war, mitgeschaffen.

Widerstand ist nicht Widerstand!

sp - Der Fall des Nachrichtenhändlers Stepan hat die Öffentlichkeit erregt. Stepan hatte eine Verbindung mit der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit", einer Organisation, die sich auf die Beratung der Zonenbevölkerung, auf Informationen und auf Hilfsmassnahmen beschränken und alles vermeiden sollte, was in den Geruch von Spionage und Sabotage kommen könnte. Der Fall Stepan hat der KGU nicht gut getan.

Wir haben das kritisiert und die Frage nach der Existenzberechtigung der KGU aufgeworfen. Wir sprachen von einem Krankheitsherd, der sich da breit gemacht hat, dass die SED unseren Artikel zu diesem Thema für ihre eigenen Zwecke ausschlachten würde, war mit minutiöser Sicherheit vorauszusehen. Uns widerfuhr die zweifelhafte Ehre, in "Neuer Deutschland" vom 16. November zitiert zu werden, das sich am Ende darüber beklagt, der SPD-Preseedienst habe leider "nicht grundsätzlich Stellung gegen alle "Agentenorganisationen", die von Westberlin aus "Diversionsarbeit" gegen die DDR betreiben." Das Ostbüro der SPD gehöre ja auch dazu.

Die SED versucht damit wieder einmal, allen Widerstand gegen die Unterdrückung in den Einheitsstief der "Agentenzentralen" zu werfen. Das hat zwar sehr bequem, aber falsch. Man weiss es drüber genau so gut wie hier. Das Ostbüro der SPD ist eine legale Abteilung des Parteivorstandes wie jede andere auch. Seine Aufgabe sieht es darin, mit den Sozialdemokraten in der Zone Verbindung zu halten, die Bevölkerung durch Flugschriften und sonstige Publikationen aufzuklären, weil ihr durch die kommunistische Pressezensur der Blick in die freie Welt verwehrt ist. Und es betreut die Flüchtlinge, die zu uns in den Westen kommen.

Das ist eine politische Arbeit! Sie war und ist notwendig und wird notwendig bleiben bis zur Lage der Wiedervereinigung. Es wäre ein Verbrechen an Deutschland und an der Demokratie, wollte man die Unterdrückten in der Zone in ihrem politischen Widerstand gegen den Kommunismus nicht unterstützen, sie nicht bestärken in ihrem Durchhaltewillen. Die Bevölkerung Mitteleuropas wird sich dann "abgeschrieben" fühlen wenn wir vor ihrem Widerstand gegen das SED-Regime keine Netze mehr nehmen und uns darauf beschränken, es im Westen zu verurteilen. Davon haben die drüben nichts - sie erfahren kaum etwas davon, weil das die Zensur nicht zulässt.

Widerstand ist nicht Widerstand! auf das Wie kommt es an. Alles, was von Westen unternommen wird, damit die Mitteleuropäer ihr Hoffen auf die Wiedervereinigung nicht verlieren, muss von einem Höchstmass an Verantwortungsbewusstsein getragen werden. Sonst taugt es nicht. Die Methoden sind wichtig, denn der gute Zweck heiligt nur gute Mittel.

+ . +

Verantwortlich: Günter Markscheffel